

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postk.-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Pant.-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwanngewisser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weiskbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshaupten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weiskbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Lichtenberg, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. F. Bräuer & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 19

Mittwoch, den 23. Januar 1929

81. Jahrgang

Das Wichtigste

Vor dem Reichsarbeitsgericht findet die gerichtliche Austragung des
Ruhrkonflikts statt.
Der Staatsanwalt verlangt die Dienstentlassung des Magdeburger Rich-
ters Hoffmann.
Kreuzer „Berlin“ ist am Montag aus Ragusa ausgelaufen. Er wird
heute in Portu Kohlen nehmen und am 24. Januar in Argostolion
(Insel Cephalonia) eintreffen.
Der Dampfer „Dannebrog“ befindet sich 37,56 Grad nördlich, 59,37
westlich in sinkendem Zustand. Der Dampfer „Präsident Harrison“
ist zu Hilfe geeilt.
Wie ergänzend aus Buenos Aires mitgeteilt wird, ist der belgische
Dampfer „Archangel“, auf dem 200 Fässer Karbid in die Luft ge-
flogen waren, kurz vor Erreichung des Hafens Buenos Aires gesunken.
Bei der bekannten Berliner Bank G. Löwenberg & Co. sind umfangreiche
Beschlagnahmungen in Höhe von drei Millionen Mark aufgedeckt
worden. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich bereits mit der An-
gelegenheit.
Die Lager der Konsumgenossenschaft in Brüssel geriet am Dienstag in
Brand. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf über vier Millio-
nen Franken.
Der belgische Finanzminister hat dem Parlament am Dienstag einen
Gesektentwurf zugehen lassen, der die Aufhebung der Sequestrierung
deutscher Güter bestimmt.
Am Dienstag wurden auf Anordnung des Stadtmagistrats sämtliche
Obernburger Schulen, höhere, mittlere und Volksschulen bis ein-
schließlich nächsten Montag geschlossen. In mehreren Klassen sind
bis zu 60 u. h. der Schüler an Grippe erkrankt.

Die Deutschen im neuen Rumänien.

Originalbericht für unsere Zeitung.

Bukarest, 12. Januar 1929.

Das neue rumänische Parlament, das am 22. Dezember
seine Eröffnungssitzung abhielt, stellt für Rumänien ein
Unikum dar. Es wird nicht nur der Phrase nach, sondern
tatsächlich vom Vertrauen des Volkes getragen, es ist aus
freien Wahlen hervorgegangen und scheint allen Ernstes die
Absicht zu haben, ganze Arbeit zu leisten, d. h. das Land
aus dem Sumpf der Korruption in eine geordnete, also
immerhin europäische Verwaltung hinüberzuführen. Dabei
wirkt es geradezu tragikomisch, daß die Liberalen, also die
Stratiaru-Partei, trotz ihrer sie noch immer über eine be-
trächtliche Anhängerzahl verfügen, auf Grund des von ihnen
geschaffenen Wahlgesezes bei den letzten Wahlen so kläglich
abschnitten. Denn dieses Wahlgesez, das in höchst un-
gerechter Weise die relative Majorität mit Prämien bedient
und sämtliche Minderheiten absichtlich um jede Erfolgsaus-
sicht bringt, lehnte sich diesmal gegen seine Urheber.
Die Tragweite der Tatsache, daß eine Regierung in freien
Wahlen ohne Terror und ohne Mißbrauch sich die Mehrheit
erstritt, darf nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie ein
schwerer Druck lag bisher das Bewußtsein auf dem Lande,
daß es ganz gleichgültig war, bisher wenigstens, ob eine Re-
gierung viel oder weniger Anhänger besaß, ob eine
andere Partei noch so opfermutig den Verlockungen und
Bedrückungen Trost bot und an der Wahlurne noch so mann-
haft für ihre Kandidaten eintrat — im Endergebnis wußte
sich die Regierung durch Urnenraub und Einschüchterung der
oppositionellen Kreise doch so viel Mandate zu beschaffen,
daß sie die absolute Mehrheit erhielt und schrankenlos über
das Parlament gebieten konnte.
Die Zeiten haben sich geändert. Ein neuer Geist, ein
besserer Geist herrscht jetzt hier — es fragt sich bloß, ob es
sich dabei um den Beginn einer neuen Epoche oder nur um
ein — Zwischenstadium handelt. Daß es nicht ein Intermezzo
bleibt, weil es Gebot der Pflicht war, eine Regierung der
guten Absichten unter allen Umständen zu stützen, deshalb
sind die Deutschen gemeinsam mit den Nationalgarantisten
in den Wahlkampf gezogen. Man hat ihnen dies von
ungarischer Seite verübelt, man hätte es bei den Magyaren
lieber gesehen, wenn die zwei größten völkischen Minder-
heiten Rumaniens — von den Juden abgesehen —, also die
Deutschen und Ungarn, einen Minderheitenblock gebildet
haben würden. Bestrebungen dazu waren auf beiden Seiten
vorhanden. Doch entschlossen sich schließlich die Deutschen,
aus taktischen Gründen das Wahlbündnis mit der Regierung
einzugehen. Vor allem wollten sie der Regierung Manu,
bei deren Antritt auch die jahrelangen Streitfragen mit dem
deutschen Reich beigelegt wurden, das Vertrauen bekunden
und den entschlossenen Willen, an dem Aufbau des Staates
tatkraftig mitzuwirken. Es ist aber bezeichnend, daß das
offizielle Organ der deutschen Parlamentspartei Groß-
Rumaniens, das in Hermannstadt erscheinende „Sieben-
bürgische Tageblatt“ ausdrücklich betont: „In den zehn
Jahren ihrer Zugehörigkeit zu Rumänien haben die Minder-
heiten den Nachweis erbracht, daß sie loyale Bürger des
Staates sind, daß sie aber andererseits so festgefügt in ihrem
Volkstum sind, um auf Abtötung ihrer Volksrechte Anspruch

Der Deutsche heute bescheidener als 1913

7,3 Millionen Erwachsene mehr im kleineren Deutschland als vor dem Kriege

Der objektive Betrachter unseres öffentlichen Lebens wird
ohne weiteres zugeben, daß in Deutschland nach dem Kriege
eine erhebliche Vermehrung der Kaffeekäuser
und Unterhaltungsstätten, der Reiselust und des Ta-
baksverbrauchs eingetreten ist. Aber darf man daraus
— wie es durch das Ausland geschieht — schließen, daß die
Deutschen von heute üppiger leben als in früheren Jahren?
Die Frage läßt sich sehr klar beantworten mit einem Blick
auf die v. stürzende Neugliederung in dem Alters-
aufbau der deutschen Bevölkerung. Im Bereich des gegen-
wärtigen Gebietes von Deutschland gab es früher rund
57 Millionen Menschen, während innerhalb unserer
heutigen Grenzen 63 Millionen wohnen. Von der frühe-
ren Bevölkerung gehörten aber 19,5 Millionen zu den Al-
tersgruppen unter 15 Jahren, während wir heute nur
16 Millionen Kinder bis zu diesem Alter in Deutsch-
land haben. Bei einer um fast 6 Millionen geringeren Be-
völkerungsziffer lebten also 1910 über 3 1/2 Millionen mehr
Kinder in Deutschland als heute. Der früheren Zahl von
35 Millionen Erwachsenen, worunter die erwerbstätigen
Altersklassen von 15 bis 65 Jahren zu verstehen sind, stehen
heute auf dem gleichen Gebiete 42,7 Millionen Er-
wachsene gegenüber, so daß heute in Deutschland 7,3 Mil-
lionen mehr Erwachsene als früher trotz des mörderischen
Krieges leben. Das bedeutet natürlich offensichtlich eine
stärkere Beanspruchung aller Waren für den Verbrauch der
Erwachsenen, also auch einen Mehrverbrauch von Tabak,
Getränken, Reisen und Unterhaltung jeder Art. Es gibt
deshalb keinen Reiseluxus und keinen Verbrauchsluxus
irgendwelcher Art in Deutschland, der sich nicht aus einem
natürlichen und ganz und gar nicht unbeseidener Bedarf
erklären läßt. Legen wir dem veränderten Altersaufbau den
heutigen Verbrauch zugrunde, dann ergibt eine Durchschnitts-
berechnung auf den Verbrauch eines Erwachsenen, daß dieser
auf allen sogenannten Luxusgebieten ungleich stärker
eingeschränkt und bescheidener lebt als der Er-
wachsene von 1913.

Der Ruhrkonflikt vor dem Reichsarbeitsgericht.

Leipzig. Vor dem Reichsarbeitsgericht be-
gann am Dienstag die endgültige gerichtliche Austragung des
Lohnstreites in der nordwestlichen Gruppe der Stahl- und
Eisenindustrie. Der Streitwert ist auf 1 Million Reichsmark
festgesetzt.
Rechtsanwalt Grauert führte die bekannten Lohnstreit-
igkeiten wieder an. Nachdem die Arbeitgeber die Gesamtar-
beitung ausgesprochen hatten, kam am 26. November 1928
von der Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Schlichters
ein Schiedspruch zustande, der von dem Reichsarbeitsminister
Wißel für verbindlich erklärt wurde. Diesen Schieds-
spruch hat die Arbeitgebergruppe als nichtig bezeichnet,
weil er nicht durch eine Mehrheit der Schlichterkammer zu-
stande gekommen sei, sondern nur durch Urteil des Vor-
sitzenden. Das Arbeitsgericht Duisburg habe den Schieds-
spruch für ungültig erklärt, das Landesarbeitsgericht Duis-
burg dagegen den Gewerkschaften recht gegeben, allerdings
halte das Landesarbeitsgericht den Schiedspruch für einen
Einbruch in den bestehenden Tarifvertrag.
Von Arbeitnehmerseite wird dagegen erklärt, daß die
Stimmenscheidung des Vorsitzenden immer maßgebend sei. Es
wird bestritten, daß eine Kollegialentscheidung
nur durch Mehrheit zustande kommen könne. Der Stand-
punkt der Arbeitgeberseite führe zu einer fast völligen Aus-
schaltung der Schlichtung. Im gegenwärtigen Rechtsverfah-
ren handele es sich im wesentlichen darum, ob das geltende
Schlichtungsverfahren weiter funktionieren könne oder nicht.
Unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Depéne-
Berlin hielt der Arbeitsgerichtsverband für Sachsen, Thür-
ingen und die angrenzenden preussischen Gebiete in der
Weiskbach Leipzig seine Landbestattung ab. Den Angaben des
Rechtsanwalts Dr. Baum = Berlin über die Entwicklung des
Verbandes ist zu entnehmen, daß der Arbeitsgerichtsverband
aus dem Verbands deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte
hervorgegangen ist und augenblicklich 3300 Mitglieder zählt.
In einem Referat „Die Anforderungen des Reichsarbeits-
gerichts an die unteren Instanzen“ stellte Reichsgerichtsrat
Linz fest, daß es wünschenswert wäre, wenn in Zukunft der
Zustrom der Revisionen etwas einge-
schränkt würde.

Kommunistische Reichstags- interpellation zur Groener-Denkschrift.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Inter-
pellation zur Panzerkreuzerdenkschrift des Reichswehrmini-
sters eingebracht, in der im Hinblick auf die Veröffentlichun-
gen der englischen Zeitschrift „Review of Reviews“ wieder
einmal von dem kriegerischen Zweck der Panzerkreuzerbauten
und von der imperialistischen Politik der deutschen Bour-
geoisie und der „Sozialdemokratie“ gesprochen
wird. Der Reichstagskanzler Hermann Müller habe sich
mit der Denkschrift des Reichswehrministers solidarisiert.
Seien die Reichsregierung und der Kanzler, der nach der
Verfassung die Politik der Reichsregierung führe, bereit,
sich sofort wegen der in der Denkschrift enthaltenen Pläne der
deutschen Außenpolitik und der Aufrüstungs- und Kriegs-
politik vor dem Reichstag zu verantworten?

Abbruch der Beziehungen zwischen Habibullah und Rußland.

Wie aus Kabul gemeldet wird, hat Habibullah beschlossen,
die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion abzu-
brechen; hingegen soll Habibullah England erucht haben, ihm
eine Anleihe zu gewähren, aus welcher die Kosten der ersten
Regierungszeit bestritten werden sollen.

Das Handwerk zur Steuervereinheitlichung.

Der gemeinsame Steuerausgleich des Deutschen Hand-
werks- und Gewerbetammertages und des Reichsverbandes
des deutschen Handwerks trat im Verwaltungsgebäude des
Reichswirtschaftsrats zu Berlin zwecks Ver-
einheitlichung der vorliegenden Gesetzentwürfe zur Steuervereinheit-
lichung zusammen. Nach eingehender Aussprache schloß sich
der Ausschuß der Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates
vom 10. November 1927 an und stimmte den Grundgedanken
der Gesetze zu. Die Schaffung eines möglichst einheitlichen
Rechtsvertrags durch reichsrechtliche Rahmenregelung unter
Berücksichtigung der örtlichen Bewegungsfreiheit wurde als
dringend notwendig bezeichnet, damit Ersparungen an Ver-
waltungsarbeit erzielt und ein zuverlässiger Vergleich der
Belastung in den einzelnen Ländern und Gemeinden unter-
einander ermöglicht werden könne.

Lessingfeiern in aller Welt.

Cleveland erhält ein Lessing-Denkmal.
Berlin. Am Vorabend des 200. Geburtstags Lessings
fiel im Festsaal der Preussischen Akademie der Künste eine
Lessing-Feier der Sektion für Dichtkunst statt, zu der
zahlreiche Vertreter von Staat, Regierung und Behörden
sowie der in- und ausländischen Diplomatie, der Kunst und
Wissenschaft erschienen waren. Professor Dr. Max Lieber-
mann, Prof. Peteren und Professor Dr. Thomas
Mann sprachen über Lessings Wert und seine Ewigkeits-
werte, betonten, daß der Geist, der diese Schriften schuf,
unsterblich sei. Niemand habe ursprünglicher Deutsch geschrie-
ben als Lessing und Luther.
Kopenhagen. Auch im Ausland wurde des deutschen
Wolkenbüchel-Braunschweiger Festjahres
am Dienstag gedacht. In der Kopenhagener Universität fand
eine Festigung der Goethe-Gesellschaft statt, in der der dän-
ische Literaturhistoriker Professor Ross über das Thema sprach:
Lessing und Goethes Stellung in der deutschen Literatur und
ihre Bedeutung zu Dänemark. Dem Vortrage schlossen sich
gesangliche Darbietungen und Vorlesung von Szenen aus
Lessings „Emilia Galotti“ an. Am Schluß der Fest-
sitzung wurde einstimmig beschlossen, an das Komitee für die
Goethe- und Lessingfeiern in Braunschweig ein Guldigungs-
telegramm zu senden, in dem die Bewunderung für die bei-
den großen Klassiker, deren Dichtungen allen Kulturländern
gehören, ausgedrückt wird.
Cleveland. Ein aus angesehenen Bürgern bestehendes
Komitee der Stadt Cleveland hat beschlossen, anlässlich
des 200. Geburtstages Lessings eine Bronzebüste des
Dichters zu erwerben und sie der Stadt zu schenken. Es
ist geplant, die Büste in einem neu anzulegenden deutschen
Garten aufzustellen, der seinen Platz in der Nähe des joga-
nannten Shakespeare-Gartens finden soll. Das bereits im
Cleveland befindliche Goethe-Schiller-Denkmal
soll ebenfalls nach dem neuen Garten verlegt werden.

